



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Desideria der Elementarlehrer.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

rade sie müßten wir als den Hinweis auf eine strengere, auch wirtschaftliche Zusammenschließung der Zünfte betrachten, obwohl uns scheint, als hätte man da, von wo der betreffende Vorschlag ausging, in demselben ein bloß äußerliches Hilfsmittel der Unterstützung des Kredits im Auge.

(Schluß folgt.)



Desideria der Elementarlehrer.



ie Verhandlungen des preußischen Landtages, welche vor kurzem wieder ihren Anfang genommen, haben damit begonnen, daß bei den Budgetberatungen, wie in früheren Jahren, auch diesmal gleich in den ersten Sitzungen einige Abgeordnete, z. B. die Herren Rickert und Windthorst, mit Wärme für einzelne Wünsche der Lehrermwelt eingetreten sind. Diese Fragen werden das Haus der Abgeordneten noch weiter beschäftigen, und es dürfte angemessen erscheinen, in Kürze auf die wichtigsten Desideria dieses Standes einzugehen, umsomehr weil es fast zur Mode geworden zu sein scheint, daß die politischen Parteien, ganz besonders die Fortschrittspartei, sich gegenseitig um die Gunst und Unterstützung der Lehrer reißen, sodas jeder Wahl für den Landtag oder Reichstag eine förmliche Jagd um die Stimmen und Bemühungen der Lehrer voranzugehen pflegt. Wir wissen das aus wiederholter genauer Beobachtung, wissen, daß die liberalen Parteien ohne weiteres in vielen Lehrern, ja fast in allen, Gesinnungsgenossen erblicken und ihnen behufs Agitation vor den Wahlen ganze Pakete von Stimmzetteln zugehen lassen. Noch steht ein Bäuerlein vor unsern Augen, dem von seiten seines Lehrers ein fortschrittlicher, von anderer Seite ein konservativer Kandidat dringlich empfohlen worden war und der in seiner Unentschlossenheit und Unkunde aus bedrängtem Herzen die Klage und Frage an uns richtete: „Wem in aller Welt soll ich nun folgen? Der Lehrer ist ein geschickter Mann, der muß wissen, wen man wählen kann und soll, aber auch der andre wird mir doch nichts Schlechtes raten.“ Zwar ist das Verbreiten und Austragen der Stimmzettel durch die Schulkinder von den Regierungen strengstens untersagt, aber kontrolliren läßt sich natürlich nicht, was alles neben und außerhalb der Schule geschieht, und wir sind überzeugt, daß auch heute, ebenso wie früher, die Lehrer in Menge sich zu Handlangern und Gehilfen der entschieden links gerichteten Parteien hergeben.

Ob das zum Vorteil der Schule und des Lehrerstandes geschieht, das zu prüfen und zu untersuchen unterlassen wir hier. Mag jeder deutsche Mann

so oder so politisch Stellung nehmen — und ein jeder soll seiner Überzeugung folgen —, aber nicht für jeden Stand und für jedes Amt dürfte es passend und geziemend erscheinen, sich allzu lebhaft und vordringlich für die eine oder andre Partei zu engagiren. Das aber scheint uns außer Frage zu sein: Was viele Lehrer den fortschrittlich gerichteten Parteien in die Arme treibt und sie für diese gewinnt, das ist der Umstand, daß sie meinen, die Politiker gerade dieser Richtung träten mit besondrer Energie und Schneidigkeit für die Interessen des Lehrerstandes in die Schranken. Deshalb erscheint es geboten, zu untersuchen, welches im Augenblick die wichtigsten und dringlichsten Desideria des Lehrerstandes sind, und die Frage zu stellen: Welche dieser Wünsche und Forderungen können auch von den mehr rechts stehenden oder gemäßigt liberalen Parteien gebilligt und vertreten werden?

Der Schreiber dieser Zeilen steht den Kreisen der Lehrer nahe, nimmt teil an ihrem Wohl und Wehe und glaubt, ihre vornehmsten Wünsche und Anliegen ziemlich genau zu kennen, hat auch sonst schon wiederholt, in pädagogischen und andern Zeitschriften, Gelegenheit genommen, sich, soweit er sie sich aneignen konnte, für dieselben auszusprechen.

Zwei Fragen treten dabei in den Vordergrund und werden überall von den Lehrern in erster Linie genannt werden, wenn sie ihren Desiderien unverholenen Ausdruck geben wollen: 1. die Gehaltsfrage; 2. die Schulaufsichtsfrage. Der Abgeordnete Rickert hat mit Recht die immer noch recht dürftige Stellung und Besoldung vieler emeritirten Lehrer hervorgehoben. Das preußische Kultusministerium hat diese Angelegenheit nicht erst seit gestern ins Auge gefaßt und schon vor einigen Jahren Schritte gethan, um Übelstände zu beseitigen, welche in dieser Hinsicht noch vieler Orten bestanden.

Man wird, wenn man gerecht und billig bleiben will, niemals verkennen, daß es für einen Staat von dem Umfange Preußens schwierig erscheint, mit einemmale die Gehaltsverhältnisse eines so zahlreichen und vielköpfigen Standes, wie es der Elementarlehrerstand ist, zu aller Zufriedenheit zu regeln. Wer zählt die Schulen evangelischer und römisch-katholischer Konfession und israelitischer Religion und die Meister dieser Schulen alle von Trier bis Königsberg, von Münster bis Posen und Bromberg? Um allen Ansprüchen und Erwartungen gerecht zu werden, dazu ist Zeit und sind reiche Mittel von nöten, und nur stufenweise, nach und nach, wird ein wesentlicher Fortschritt stattfinden können. Es erscheint billig, daß man sich dieser Einsicht nicht verschließe.

Gleichwohl werden die Ansichten darüber kaum auseinander gehen, daß vor allem für die emeritirten Lehrer reichere Mittel bereit gestellt werden müssen. Wir kennen persönlich Emeriti, welche bis heute auf ein Ruhegehalt von 300 Mark angewiesen sind, also täglich auf 82 Pfennige, und hiervon soll Wohnung, Kleidung und Nahrung für den Emeritus und seine Familie bestritten werden. Auf Eingaben behufs Erhöhung der Pension wurde hie und da erwiedert, da der Pensionär

Privatvermögen besitze, könne dem Antrage vorerst keine Folge gegeben werden. Eine Erhöhung dieser Ruhegehälter — hierin werden alle Parteien übereinstimmen — ist eine dringende und nicht mehr aufzuschiebende Notwendigkeit. Von 82 Pfennigen täglich kann heutzutage auch der bescheidenste Mensch nicht mehr sein Dasein fristen, und man kann unmöglich auf die Dauer einen Emeritus, der dem Staate und der Gemeinde dreißig bis fünfzig Jahre treu gedient hat, dann aber schwach und stumpf geworden ist, auf sein oder seiner Frau Vermögen verweisen. Ist das geschehen und hat der Mangel an flüssigen Mitteln dazu genötigt, so liegt doch auch bei milder Beurteilung der Spruch sehr nahe: *Difficile est, satiram non scribere*. Die vor einigen Jahren in Aussicht gestellten 600 Mark für jeden Emeritus — ohne Rücksicht auf Armut oder Vermögensbesitz — sind nach unsrer Meinung das Minimum des Emeritengehalts. Ist aber eine Familie in gedrückter Lage oder geradezu in Not, so müssen auch für solche Lebensverhältnisse Mittel vorhanden sein, aus welchen Zulagen bis auf 800 und 900 Mark gewährt werden können. Man vergesse nicht, daß der Emeritus seine Schulwohnung verlassen muß und daß zu der Wohnungsmiete auch noch alle andern Ausgaben kommen. Wie weit fördern da 600 Mark jährlicher Pension? Es sind im Augenblick, wie wir genau wissen, nicht wenige preussische Schulen und Gemeinden geplagt mit alten, der Ruhe dringend bedürftigen Lehrern, die herzlich gern ihren Abschied nähmen und dem Schulstaub Valet sagten, wenn sie nicht fürchteten, im Alter Mangel und Entbehrung leiden zu müssen. Sie sträuben sich vor der Emeritierung und arbeiten mit Vransetzung der letzten Kraft, weil sie im Voraus nicht mit Sicherheit wissen, welcher Pensionssatz bei ihnen in Anwendung gebracht werden wird. Kann ihre Arbeit, die nicht mit Freudigkeit gethan wird, dem Staate, der Gemeinde, der Schuljugend zum Segen und zur Förderung gereichen?

Hinsichtlich der Gehälter der im Amte befindlichen Lehrer ist in den letzten zehn Jahren von seiten des preussischen Staates Erkleckliches geschehen. Das muß mit Dank anerkannt werden. Die meisten Schulstellen werden mit einem Gehalt von 1000, 1050, 1100 Mark ausgeschrieben, wie wir aus den Regierungsamtsblättern und aus eigener Erfahrung wissen; fast Woche für Woche finden wir bei Ausschreibung von Schulstellen jene Gehaltsfixirung. Das kann vorerst genügen. Für den ältern Lehrer treten stufenweise Alterszulagen hinzu. Werden im Staatshaushaltsetat die Mittel für Zulagen zum Gehalt so reichlich dargeboten, daß die Gehälter der ältern Lehrer bis auf 1500 und 1600 Mark steigen, so sind deren Wünsche zunächst befriedigt. Vielleicht bringt auch in diesem Punkte wie hinsichtlich der Stellung der Lehrervitwen eine spätere, geldreichere, vor den Feinden und Widersachern Deutschlands, in specie Preußens, gesicherte Zeit noch wesentliche Aufbesserungen.

Alle Ansprüche werden niemals volle Befriedigung finden, nur darauf kommt es an, die Grenzlinie zu bezeichnen, innerhalb deren die Gehälter für Elementar-

lehrer sich bewegen sollten oder könnten. Wir wünschen, daß durch günstige Erledigung dieser Angelegenheit den fortschrittlichen Agitationen der Boden unter den Füßen weggezogen werde.

Mit der Schulaufsichtsfrage hat sich dies Jahr der zweite deutsche evangelische Schulkongreß zu Kassel vom 25. bis zum 27. September eingehend beschäftigt. Die Verhandlungen des ersten und des zweiten deutschen Schulkongresses sind im Druck erschienen und enthalten eine Reihe sehr tüchtiger und fesselnder Referate über pädagogische Fragen aus der Feder von Gymnasialdirektoren, Rektoren, Gymnasial- und Elementarlehrern. Bei diesen Kongressen reichen sich nämlich Gymnasium, Realschule und Volksschule die Hand; sie wollen für den christlichen und den evangelischen Charakter der Schulen eintreten. Die Verhandlungen waren ungemein anregend, und es ist für das Jahr 1884 ein dritter Schulkongreß in Stuttgart in Aussicht genommen. Die Freunde der evangelischen Schule insonderheit werden an dem gediegenen und mannichfaltigen Inhalt der Kongreßverhandlungen ihre Freude haben.

Pastor Billeßen von Drsoy (Rheinprovinz), dieser warme und sachkundige Freund der evangelischen Schule, erstattete das Referat über die Schulaufsichtsfrage, mit welchem wir uns im wesentlichen einverstanden erklären. Seine Forderungen und Anträge entsprechen in der Hauptsache den Wünschen vieler Elementarlehrer. Es sind die folgenden: Die Schulaufsicht im Kreis und an mehrklassigen Schulen möchte, mehr als bisher, von tüchtigen, dazu geeigneten Lehrern geführt werden, sodaß für begabte und dazu die Vorbedingungen in sich tragende Kräfte ein Aufsrücken zu höhern Ämtern stattfände, so zum Amte des Kreis Schulinspektors, des Direktors, des Hauptlehrers. Die beiden letztern würden an der Spitze stehen und verantwortlich sein für die Leitung eines Komplexes von Schulen in Städten und in größern Orten. Die andern Lehrer würden ihrer Aufsicht unterstellt sein und jene sich übergeordnet wissen; dem Kreis Schulinspektor läge es ob, die Schulen eines Kreises zu visitiren, die Lehrerkonferenzen abzuhalten und so weiter.

Diese Ämter waren bisher schon an einzelnen Orten Elementarlehrern oder Seminarlehrern anvertraut, bei welchen man die notwendige Qualifikation hierzu gefunden hatte, oder die ihre Tüchtigkeit in der Praxis und durch Examen an den Tag gelegt hatten. Man wünscht jedoch vonseiten des Lehrerstandes, daß dergleichen Aufsichtsämter möglichst überall Lehrern und Pädagogen anvertraut würden, und zwar aus zwei Gründen: einmal damit eine Gelegenheit zum Aufsrücken für tüchtige Lehrkräfte geboten werde, sodann weil der Lehrerstand, wie es vielfach auch bei andern Berufsarten üblich ist, gern von Leuten aus seiner Mitte, von Amts- und Fachgenossen sich beaufsichtigt und beurteilt sähe. An den Schulen selbst, bei Rektor- und Oberlehrerstellen, wird dem auch nichts im Wege stehen, und die Praxis hat es bisher schon meist mit sich gebracht, daß tüchtige Lehrer in diese Aufsichtsstellen aufsrückten. Schwieriger erscheint

die Stellung des Kreis Schulinspektors, besonders auch rücksichtlich seines Verhältnisses zu den Schulvorständen und Lokalschulinspektoren. Der preußische Staat hat vorwiegend Theologen im Haupt- oder Nebenamte mit diesem Aufsichtsamte betraut; auch Gymnasial- oder Seminarlehrer sind in diese Stellung eingerückt. Man legt bis heute Gewicht darauf, in den Kreis Schulinspektoren akademisch gebildete Männer zu haben, und große Summen hat der Staat erspart, da sehr viele Pfarrer, Dekane oder Superintendenten Kreis Schulinspektoren im Nebenamte sind. Früher war die pekuniäre Vergütung für dieses Nebenamt eine höchst unbedeutende, fast gleich Null; und noch immer kann die Gratifikation für die Schulaufsicht im Nebenamte keinen Vergleich aushalten mit dem Gehalte der Männer, welche in der Kreis Schulaufsicht ihren alleinigen Lebensberuf erblicken.

Vorerst wird, wie wir glauben, der preußische Staat von seiner Praxis in der Schulaufsichtsfrage schon wegen der Ersparnisse in seinen Finanzen, ganz abgesehen von andern Beweggründen, nicht abgehen und die Kreis Schulaufsicht auch weiterhin gern in die Hand von Theologen legen, wie ja auch zu Seminar direktoren, schon um des Religionsunterrichts willen, vielfach Geistliche genommen worden sind und werden. Aber wir möchten den Wünschen vieler Lehrer nicht entgegen sein, daß, wie zu den Ämtern des Direktors und des Hauptlehrers, so auch zu demjenigen des Kreis Schulinspektors tüchtige und strebsame Lehrer zugelassen würden. Es würde dadurch eine Gelegenheit geboten werden, daß geeignete und würdige „Lehrpersonen,“ um dieses neueste amtliche Wort zu brauchen, in höhere Stellen aufrücken.

Es hat seine Wahrheit, daß jeder sich am liebsten von Männern seines Berufes und Faches beurteilt sieht. Auch giebt es einen berechtigten Ehrgeiz, und wo Talent, Fleiß und Gewissenhaftigkeit, vor allem auch ein taktvolles Auftreten und Sichgehaben einen Menschen auszeichnen, warum sollte man ihm nicht ein Aufrücken in eine höhere Stellung ermöglichen? Ob freilich die in dieser Art Beaufsichtigten allezeit sich unter einem strammen, auf die exakte Methode alles Gewicht legenden Schulmann wohlher fühlen werden als unter dem milden geistlichen Krummstabe, ist eine andre Frage; des Nachdenkens erscheint sie uns wert.

Für den Lokalschulvorstand in Stadt und Land lauteten die Vorschläge, welche in Kassel Anklang fanden, dahin: In ihm sollen Sitz und Stimme haben: Vertreter der politischen und der Schulgemeinde (Väter der Schulkinder), des Lehrerstandes und der Kirche. Wir billigen auch diesen Vorschlag durchaus. Sein eigentlicher Vater ist der Hauptlehrer und Redakteur Dörpfeld, früher zu Elberfeld, jetzt zu Gerresheim. Die politische Gemeinde mag der Bürgermeister und ein Mitglied des Gemeinderats oder Stadtrats repräsentiren, die Schulgemeinde zwei oder drei einsichtige Väter von Schulkindern, die Schule der Lehrer oder doch der Hauptlehrer oder Rektor, die Kirche der Geistliche oder einer der Geist-

lichen. In den Städten mag, wenn sie keinen besondern Schulinspektor haben, der Rektor oder der Geistliche Lokalschulinspektor sein. Beide Stände, der Lehrer wie der geistliche Stand, sind tagtäglich mit Lehren und Unterrichten beschäftigt. Viele Geistliche waren längere Zeit in ihrem Leben nur im Lehrfache thätig, und deshalb sind wir nicht gewillt, wie es andre für ratsam und wünschenswert halten, sie von der Schulaufsicht prinzipiell auszuschließen. Wir würden das für eine Unbilligkeit halten. Ist in einem Städtchen ein dazu geeigneter tüchtiger Oberlehrer oder Rektor vorhanden, so mag dieser die Lokalschulaufsicht führen, im andern Falle und vorausgesetzt, daß ihm Erfahrung und Einsicht zur Seite steht, der Geistliche. Die evangelische Kirche wird, wenn die Schulaufsicht in guten Händen liegt und gewissenhaft geführt wird, darob nicht streiten. Ihr gilt das Wort: Lasset uns nicht eitler Ehre geizig sein!

Auch auf dem Lande, in den Dörfern scheint uns eine Lokalschulaufsicht notwendig zu sein, und wir glauben nicht, daß der preussische Staat sie schlechtweg beseitigen wird. Sie kann nur in der Hand des Geistlichen liegen, wenn der Lehrer sich nicht selber beaufsichtigen soll. In der großen Mehrzahl der Dörfer kann hinsichtlich der Lokalschulaufsicht nur der Pfarrer in Frage kommen. Der Grund hierfür liegt in dem bereits Ausgeführten.

Wir wissen, daß in dieser Frage manche Lehrer nicht unserer Ansicht sind. Sie begehren aller Lokalaufsicht enthoben zu sein. Ob das angehen und wünschenswert sein würde? Wir bezweifeln es. Den tüchtigen, gewissenhaften Lehrer wird die Lokalschulaufsicht nicht geniren. Er thut seine Pflicht und geht an seine Tagesarbeit mit Freuden und innerer Genugthuung. Ihn kann und wird der Lokalschulaufseher nur stützen und schützen. Aber der junge, noch unerfahrene, oder der einer Leidenschaft fröhnende, gewissenlose, zu Sähzorn oder Mißhandlungen geneigte Lehrer bedarf eines Mannes, der ihm — am Orte selbst — zur Seite steht, ihn warnt, mahnt und korrigirt. Es kann nicht jede berechnete Klage über einen ungetreuen oder leidenschaftlichen Lehrer in die Kreisstadt zum Kreis Schulinspektor wandern. Manches muß kurzer Hand erledigt und abgethan werden.

Es dürfte kaum genügen, wenn der Kreis Schulinspektor im Jahre einmal, oder, wie neuerdings verfügt sein soll, zweimal die Schulen des Kreises besucht und etwaige Klagen und Beschwerden über den Lehrer oder auch des Lehrers gegen einzelne Schulkinder und deren Eltern einer näheren Untersuchung unterzieht. Unfers Erachtens ist es durchaus ratsam, ja notwendig, wenn neben dem Lehrer und ihm übergeordnet ein Mann von höherer Bildung steht, der um die Schule und ihre Lehrgegenstände Bescheid weiß, dem jüngeren, unerfahrenen, zuweilen wohl auch noch unbesonnenen Manne Rat erteilt und ihn auch gegen unbegründete und unberechtigte Klagen oder Vorwürfe zu schützen versteht. Derjenige Lokalschulaufseher würde seinen Beruf nicht richtig auffassen, der etwa nur tadeln und zurechtrücken, nicht auch verteidigen, schützen und die Autorität

des Lehrers stützen wollte. Das letztere ist gerade seine schönste und angenehmste Aufgabe. Auf dem Lande kann diese Funktion zum Heil und Gewinn der Schule füglich aber nur dem Geistlichen übertragen werden.

Hat auf seiner diesjährigen Versammlung der liberale Schulverein für Rheinland und Westfalen unter dem Vorsitz von Professor Jürgen Bona Meyer aus Bonn sich einstimmig für Beibehaltung der Lokalschulinspektion ausgesprochen und diese kollegial gehandhabt haben wollen, so erscheint diese Meinung wohl nicht bloß uns, sondern gewiß vielen erfahrenen Pädagogen als sehr unpraktisch. Die Schulaufsicht kann nicht ein ganzes Kollegium führen, sondern sie muß in einer einzigen Hand liegen. Alle wichtigeren, die Schule und den Unterricht betreffenden Fragen werden ja ohnehin den Schulvorstand beschäftigen, in welchem der Lehrer Sitz und Stimme haben muß. Die eigentliche Schulaufsicht indes muß einem Manne übertragen werden, und hierzu muß man denjenigen wählen, der an Bildung, Erfahrung und Einsicht den andern Mitgliedern des Schulvorstandes überlegen ist. Man findet nicht selten auf dem Lande bei verständigen Bauern ein sehr treffendes, gesundes Urteil, mehr als der Städter glaubt und ahnt. Manche Urteile, die wir gehört, trafen den Nagel auf den Kopf. So haben wir wiederholt die Frage aufgeworfen: Soll man den Leuten Recht geben, welche die Lokalschulaufsicht ganz beseitigt sehen möchten? Darauf ist uns stets von recht verständigen Männern vom Lande, die mit den Verhältnissen auf den Dörfern genau vertraut waren, mit einem entschiedenen Nein geantwortet worden. Jedermann aber, die meisten Lehrer mit eingeschlossen, findet es naturgemäß, wenn die Geistlichen mit dieser Aufsicht betraut werden. Dabei wird es, wie wir glauben, gewiß auch sein Bewenden behalten.

Noch erübrigt, da hier von der Stellung des Lehrers zum Geistlichen die Rede ist, ein kurzes Wort über die meist mit den Schulstellen noch verbundenen Funktionen des Glöckners und Küsters. Daß der Lehrer zugleich Organist und Kantor bleibe, wie er es seit Jahrhunderten gewesen, wird man allgemein natürlich finden. Wer sollte diese Ämter auf dem Lande anders führen als der Mann, der in der Schule die Jugend zu Musik und Gesang anleitet? Zu den Dienstleistungen des Glöckners und Küsters aber finden sich, auch auf dem Lande, andre geeignete und willige Leute. Die Kirche entläßt die Lehrer, da sie es fast alle wünschen, gern aus diesen Funktionen; aber das eine verlangt und erwartet sie mit Bestimmtheit, daß die früher für diese Dienste ausgeworfenen Remunerationen nicht, wie man gern möchte, zum Lehrergehalt gerechnet, sondern vom Staate der Kirche zur Anstellung besondrer Küster überlassen werden. Nicht die Kirche, sondern der Staat ist es, der hier hindernd dazwischen tritt, weil er es nicht gerne sieht, wenn die ursprünglichen Küstergehalte vom Lehrergehalt getrennt werden. An vielen Orten würden allerdings, wenn es geschähe, zum Normallehrergehalt (1000 Mark) erkleckliche Zuschüsse geleistet

werden müssen. Die Kirche aber würde sehr gerne den Lehrer entlasten und besondre Klüster in ihren Dienst stellen. Es wird dies gewiß auch im Laufe der Zeit geschehen; der Staat wird seine Lehrer besolden, die Kirche die Klüster und Glöckner. Aber unumgänglich erscheint es, daß für die letztern die ursprünglich dazu ausgeworfenen Besoldungen freigegeben werden.

Wenn endlich vor zwei Jahren eine andre Kasseler Lehrerversammlung einstimmig forderte, den jungen Lehrern solle aufgegeben werden, statt sechs Wochen ein volles Jahr als Einjähriger des Königs Rock zu tragen, weil hierdurch das Ansehen des Lehrerstandes wesentlich wachsen würde, so halten wir das für unpraktisch und für den Ausfluß eines krankhaften Ehrgeizes. Der letztere tritt auch sonst manchmal zu Tage. Viele Eltern junger Lehrer sind über jenen Antrag lebhaft erschrocken, denn die Mittel des Bauern und des Lehrers, der seinen Sohn wieder fürs Lehramt vorbereiten läßt, reichen oft kaum soweit, daß die Kosten für die Präparandenschule (2—3 Jahre) und den Aufenthalt auf dem Seminar (3 Jahre) ohne Anleihe bei andern bestritten werden können. Solche thörichte Wünsche sollen uns aber nicht abhalten, dem Stande der Lehrer und ihren Desiderien Wohlwollen und freundliche Beachtung entgegenzubringen.



Die Wahrheit über die Katastrophe von Jena.

2.



Die Frage nach den Ursachen der Niederlage, die Preußen 1806 erlitt, ist mit den Auszügen aus der Goltzschen Schrift, die wir im letzten Hefte brachten, noch nicht genügend beantwortet. Im folgenden führen wir den Lesern die weitern Ursachen des Falles des alten preussischen Staates vor Augen, indem wir hinsichtlich des Details wieder auf das Buch selbst verweisen.

Obenan steht unter jenen Ursachen eine Politik, welche in den Jahren 1805 und 1806 die ärgsten Mißgriffe beging. Nur unerhörte Verblendung konnte Hardenberg und Haugwitz einem Manne wie Napoleon gegenüber daran denken lassen, aus der damaligen Krisis Gewinn einzuheimsen, ohne das Schwert zu ziehen und ihn zu erkämpfen. Als dann im Januar 1806 der größte Teil des preussischen Heeres auf Friedensfuß gesetzt und in die Garnisonen heimgeschickt wurde, während die Franzosen noch in Süddeutschland standen, liefert